

# Rüttgers und die Ökonomie der Unternehmenssteuern

Von

Heiner Flassbeck

FR, Devise, 2.9. 2006

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, hat mit seiner Aussage von den deutschen Lebenslügen, das Land habe zu hohe Löhne und die Senkung der Unternehmenssteuern sei ohne Wirkung geblieben, in der deutschen Ökonomenzunft helle Empörung ausgelöst. In der Steuerfrage stellte Rüttgers schlicht fest, dass in Deutschland die Unternehmenssteuern und die Einkommenssteuerbelastung seit 1998 gefallen sind, die Arbeitslosigkeit aber weiter gestiegen ist.

Unkenntnis elementarer ökonomischer Zusammenhänge wirft ihm daraufhin der Kölner Finanzwissenschaftler Clemens Fuest beispielsweise vor und sagt, jeder Student in Köln würde bei einer solchen Argumentation in der Prüfung durchfallen. Um sein vernichtendes Urteil zu untermauern, behauptet der Herr Professor, man könne den Effekt der Senkung der Unternehmenssteuern nicht so einfach messen, sondern müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Öffentlichkeit die positiven Effekte der Unternehmenssteuerreform nicht wahrgenommen habe, weil der konjunkturbedingte Rückgang der Investitionen in dieser Zeit größer gewesen sei.

Bei etwas genauerem Hinsehen muss man sich allerdings fragen, wer hier fundamentale Zusammenhänge nicht verstanden hat und in der Prüfung durchfallen müsste, der Herr Ministerpräsident oder der Herr Professor. Der Kölner Ökonomieprofessor unterstellt nämlich in seiner Argumentation schlicht, die Steuerreform habe gar nichts mit dem gleichzeitigen Konjunkturunbruch zu tun. Wie kann man das einfach unterstellen, wenn doch die am nächsten liegende Frage bei der Untersuchung der Wirkungen einer Steuersenkung ist, wie die Senkung vom Staat finanziert wurde und welche Wirkungen von dieser Finanzierung auf die Konjunktur ausgegangen ist?

Mit anderen Worten: Das Geld, das der Staat für die Entlastung der Unternehmen brauchte, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern wurde jemand anderem aus der Tasche gezogen. Da in dieser Zeit die feste Überzeugung herrschte, Finanzierung einer Steuersenkung der Unternehmen über höhere staatliche Schulden sei des Teufels, hat der deutsche Staat die Steuersenkung „ordentlich“ finanziert, indem er staatliche Ausgaben kürzte. Eine Kürzung der staatlichen Ausgaben, sagen wir die Kürzung von staatlichen Investitionen oder von staatlichen Zuschüssen für Bedürftige aber hat in der Kölner Fakultät für Ökonomie offenbar keinerlei Auswirkungen auf die Konjunktur. Jede negative Auswirkung der Finanzierung der Reform auf die Konjunktur würde ja das Argument, man könne die positiven Wirkungen der Steuerreform auf die Konjunktur wegen gleichzeitig schlechterer Konjunktur nicht messen, der Lächerlichkeit preisgeben.

In der Tat, in den vergangenen Zeiten als die an den Universitäten in Deutschland gelehrte „Finanzwissenschaft“ sich noch als Wissenschaft verstand und nicht als verlängerter Arm bestimmter Lobbygruppen, wäre sie bei einer Würdigung der Rüttgerschen Aussage zuallererst auf den Zusammenhang gestoßen, dass man die Belastung aus der Finanzierung einer Steuersenkung und die Entlastung für die Begünstigten von vorneherein nicht trennen kann, sondern die beiden Effekte in jeder Art von Untersuchung, empirisch oder theoretisch, saldieren muss, um zu sinnvollen Ergebnissen zu gelangen.

Es ist aber geradezu grotesk, wenn der eine Effekt der Unternehmenssteuersenkung, die Verschlechterung der Konjunktur durch die geringeren staatlichen Ausgaben nämlich, nun sogar als Argument dafür genommen wird, die direkten positiven Wirkungen der Steuerentlastung groß zu rechnen. Natürlich ist die negative Wirkung der Steuerentlastung nicht verantwortlich für die gesamte Abschwächung der Konjunktur nach 1998, aber zu sagen, wie es eine Kölner Studie offenbar tut, „der Abschwung wäre ohne die Steuerreform noch deutlich größer ausgefallen“ (so zitiert im Handelsblatt vom 23. August 2006), stellt den relevanten Zusammenhang genau auf dem Kopf. Ohne die belastenden Wirkungen der Steuerreform wäre der Abschwung eindeutig schwächer gewesen. Dass dies zum Teil von den positiven Effekten der Steuersenkung wieder ausgeglichen wurde, ist selbstverständlich, macht die Aussage des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen aber nicht falsch.